

Interview
19.05.2022

Frank Schäffler im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Auf dem Petersberg bei Bonn sitzen heute und morgen die Finanzministerinnen und -minister der G7-Staaten zusammen. Zu den sieben gehören die USA, Japan, Kanada, die drei wichtigsten Volkswirtschaften der Europäischen Union und Großbritannien. Deutschland leitet das G7-Format zurzeit. Dabei auch die Spitzen der jeweiligen Notenbanken. Thema natürlich die Folgen des russischen Krieges; und es liegen Zahlen auf dem Tisch: Fünf Milliarden Euro benötigt die Ukraine pro Monat. Damit sollen zum Beispiel Renten, der Wehrsold bezahlt werden, oder auch die Wirtschaft aufrechterhalten werden. Für drei Monate soll dieser Betrag jetzt bewilligt werden. In diesem Zusammenhang wird auch über den Umgang mit eingefrorenen Mitteln des russischen Staates gesprochen werden. Gelder der russischen Zentralbank könnten für den Wiederaufbau des von Putins Soldaten zerstörten Landes eingesetzt werden. Außerdem auf der Tagesordnung, was viele Bürgerinnen und Bürger merken: die Inflation und die Sorge vor einer weltweiten Schuldenkrise. Frank Schäffler (FDP) ist Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretendes Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Minden-Lübbecke in Nordrhein-Westfalen. Guten Morgen!

Frank Schäffler: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Schäffler, wir haben Jörg Münchenberg gerade gehört. Kann der Haushaltsausschuss die Vereinbarungen von Petersberg noch in den laufenden Bereinigungssitzungen einbauen?

Schäffler: Ja, natürlich! Heute tagt der Haushaltsausschuss bis tief in die Morgenstunden. Wir haben heute die sogenannte Bereinigungssitzung. Da ist das natürlich noch möglich einzubringen, wenn das rechtzeitig vorgelegt wird. Aber das wird, wie gesagt, in die frühen Morgenstunden gehen.

Heinemann: Dann wünschen wir Ihnen dafür eine gute Kondition. – Schauen wir mal auf den Finanzbedarf für die Ukraine. Kurzfristig fünf Milliarden Euro pro Monat, dann plus Militärhilfe, plus Wiederaufbauhilfe. Wie wird das finanziert?

Schäffler: Ja, das ist natürlich eine große Herausforderung für die öffentlichen Finanzen in Deutschland. Das wird jetzt in diesem Jahr kreditfinanziert. Wir sind ja außerhalb der Schuldenbremse noch in diesem Jahr. Im nächsten Jahr gilt die Schuldenbremse wieder in Deutschland und dann muss das letztendlich durch Konsolidierungen finanziert werden. Wir sind ja eh in einer Phase, wo wir auch die andere Seite sehen müssen, wie wird das Ganze eigentlich finanziert, die ganzen Pandemie-Folgen, die Unterbrechung der Lieferketten, der Ukraine-Krieg. Da kommt im nächsten Jahr spätestens eine ganz neue Herausforderung auf uns zu. Aber ich halte das auch für richtig, denn wie gesagt, das ist die andere Seite der Medaille.

Heinemann: Können Sie die Einhaltung der Schuldenbremse im nächsten Jahr garantieren?

Schäffler: Ja! Die Verfassung fordert das. Das heißt, wir sind alle aufgefordert, im nächsten Jahr alles dafür zu tun, dass die Schuldenbremse eingehalten wird. Wir können die Fragen der Ausnahmen nicht immer auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben, sondern es ist ganz klar, dass die Zeiten dann andere werden, und wir müssen schauen, dass wir die Einnahmen und die Ausgaben wieder zusammenbringen.

Heinemann: Herr Schäffler, wird es neue gemeinsame EU-Schulden geben wie nach der Corona-Krise, als die EU-Kommission 750 Milliarden Euro Schulden verteilt hat?

Schäffler: Ich hoffe nicht. Natürlich versucht die EU-Kommission jetzt erneut wieder einen Fonds aufzulegen, der dann gemeinschaftlich über neue Schulden finanziert wird. Sie hat jetzt gerade Vorschläge dafür gemacht. Und es gibt das Beispiel des Wiederaufbaufonds, wo wir das schon einmal

gemacht haben. Ich halte das für einen großen Fehler, denn damit würden wir die Verschuldungsfrage auf eine neue Ebene heben, auf die europäische Ebene, und deshalb meine ich, ist in der Abwägung direkte Budgethilfen aus dem Bundeshaushalt die bessere Alternative. Dann hat man das direkter in der Hand, als wenn das durch die Hand der Europäischen Union und der Kommission geht.

Heinemann: Herr Schäffler, aus Brüssel hört man das aber anders. Zur Finanzierung schlägt die Kommission einen neuen EU-Fonds namens „Rebuild Ukraine“, Wiederaufbau der Ukraine vor. Das heißt, das Kind hat längst einen Namen. Wie realistisch ist Ihre Hoffnung?

Schäffler: Ja, ich hoffe, dass der Bundesfinanzminister in dieser Frage hart bleibt. Das sind ja bisher nur Vorschläge der Europäischen ...

Heinemann: Das heißt, Sie sind sich da nicht sicher?

Schäffler: Doch, ich bin mir da schon sicher, dass Christian Lindner in dieser Frage hart bleibt, denn das deutsche Interesse ist, dass man der Ukraine hilft, aber dass man das nicht über eine neue Verschuldungsmöglichkeit der Europäischen Union schafft, sondern dass man das aus eigenen Haushaltsmitteln bedient. Ich glaube, es ist nicht notwendig an der Stelle, dass die Europäische Kommission sich da neu verschuldet, sondern hier ist es durchaus möglich, dass die Mitgliedsstaaten das individuell tun.

Heinemann: Herr Schäffler, Sie erinnern sich: Olaf Scholz war als Bundesfinanzminister ja nicht gegen gemeinsame EU-Schulden. Wer garantiert jetzt, dass der Koch im Kanzleramt dem Kellner im Finanzministerium nicht sagt, was er zu servieren hat?

Schäffler: Na ja, wir haben ja einen gemeinsamen Koalitionsvertrag und der ist die Grundlage dafür, dass Herr Scholz auch der Bundeskanzler dieser Bundesrepublik Deutschland ist. Deshalb gehe ich davon aus, dass auch Herr Scholz sich an den Koalitionsvertrag hält. Wir wollen keine neuen europäischen Schulden machen, sondern wir wollen, dass die Schuldenbremse im nächsten Jahr wieder eingehalten wird und dass die Staatsfinanzen in Deutschland solide bleiben. Das ist der Auftrag.

Heinemann: Die 100 Milliarden für die Bundeswehr stehen auch nicht im Koalitionsvertrag. Was ist der nach der Zeitenwende noch wert?

Schäffler: Der ist viel wert, denn der ist die Grundlage der gemeinsamen Vereinbarungen. Das Sondervermögen oder der Sonderhaushalt, den wir jetzt bilden, der wird ja durch eine Grundgesetzänderung, an der auch die Opposition beteiligt ist, abgesichert. Das heißt, sowohl die Schuldenbremse ist Teil des Grundgesetzes als auch der Aufwuchs über diesen Sonderhaushalt, den wir im Zuge der Ukraine-Krise jetzt bilden müssen. Viele Dinge kann man nicht von heute auf morgen verändern, sondern das, was 16 Jahre unter Angela Merkel in der Verteidigungspolitik falsch gemacht wurde, das braucht seine Zeit und braucht auch ausreichende Mittel.

Heinemann: Wobei, Herr Schäffler – da sind wir uns, glaube ich, einig -, es gibt ja gar kein Sondervermögen; es gibt nur Sonderschulden. Da sollte man sprachlich vielleicht auch etwas genauer sein.

Schäffler: Deshalb habe ich auch von Sonderhaushalt gesprochen.

Heinemann: „Vermögen“ haben Sie schon gesagt, aber ist egal. Wir haben das Problem, glaube ich, den Hörerinnen und Hörern geschildert. – Herr Schäffler, der Bundeskanzler wird heute eine Regierungserklärung zum EU-Gipfel Ende Mai abgeben. Was erwarten Sie in dem Zusammenhang, über den wir jetzt sprechen, Finanzierung der Ukraine-Hilfe, heute von Olaf Scholz?

Schäffler: Ich erwarte von Olaf Scholz, dass wir als Deutschland der Ukraine auch weiter umfangreich helfen, dass das auch schnell geht mit der Hilfe. Insbesondere was auch die Waffenlieferungen betrifft, meine ich, muss die Hilfe schnell ankommen. Die Ukraine steht ja in einer Auseinandersetzung, wo man jetzt nicht deutsche Bürokratie nach vorne rücken kann, sondern wo es darum geht, dass man jetzt möglichst schnell auch hilft, um der Ukraine im Kampf gegen den völkerrechtswidrigen Krieg auch tatsächlich zu helfen.

Heinemann: Schauen wir uns die Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger hierzulande an. Die Ampel hat ja Dinge zusammengefügt, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben: die Pauschale für arme Kinder, Spritsubventionen auch für Reiche und Superreiche, auch für den Zweit- und den Drittwagen, dann ein Neun-Euro-Ticket als Köder für den Umstieg auf Bahn und Bus (leider in den Sommermonaten, in denen viele Menschen ja gar nicht zuhause sind). Dieses Entlastungspaket ist einfach nur teuer. Gibt das einen Vorgeschmack auf künftige Klientelpolitik dieser Regierung?

Schäffler: Ach, ich glaube nicht. Wir haben ja eine Situation, wo wir massiv steigende Energiepreise haben, wo wir eine hohe Inflationsrate haben, die wir seit vielen Jahrzehnten nicht kennen, und da ist es aus meiner Sicht auch gut und richtig, dass man die Bürger versucht zu entlasten.

Heinemann: Auch die reichen Bürger?

Schäffler: Na ja, alle Bürger entlasten. Die Frage ist immer, wo man anfängt und wo man aufhört, aber das ist ja genau das, was Sie gerade in Ihrer Frage auch kritisiert haben, dass wir detailverliebt am Ende sind. Das hat mit diesen Abgrenzungsproblemen zu tun, wen will man erreichen, wen will man nicht erreichen. Das Paket ist im Detail zu diskutieren, keine Frage, aber ich glaube, der Grundgedanke, dass die Bürger entlastet werden, den halte ich für richtig.

Heinemann: Herr Schäffler, in Deutschland gibt es zirka 135 Milliardärinnen und Milliardäre und ungefähr 1,5 Millionen Millionärinnen und Millionäre. Welchen Beitrag leisten die zur Finanzierung der höheren Ausgaben und Belastungen der Haushalte jetzt durch Ukraine-Krise und Inflation?

Schäffler: Na ja. Ich hoffe, dass diese Gruppe auch Steuern zahlt, so wie jeder andere in Deutschland auch, und wenn sie hohe Einkommen haben, dann zahlen sie in der Regel auch höhere Steuern, auch prozentual höhere Steuern. Sie tragen auch dazu bei, dass dieses Land nach vorne geht. Diese Vermögen, die Sie genannt haben, die sind ja sehr häufig gebunden in großen Familienunternehmen, für die Deutschland ja bekannt ist und die auch in der Fläche, auch in der ländlichen Region viele Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.